

## Andreas Albrecht will Basels rechte Stimme sein

### Der bürgerliche Ständeratskandidat präsentiert seine politischen Schwerpunkte

**patrick marcolli**

*Der Liberale Andreas C. Albrecht erhebt Bildung, Gesundheit, Finanzen und Wirtschaft zu seinen politischen Schwerpunkten und setzt ganz auf Eigenverantwortung und moderat hohe Steuern.*

Sein politisches Glaubensbekenntnis legte Andreas Albrecht (39) gestern vor den Medien im Rittersaal des «Atlantis» ab, assistiert von den bürgerlichen Mitstreitern Oscar Battegay (FDP), Felix Werner (LDP) und Marcel Rünzi (CVP). Der Grossrat und Anwalt positioniert sich in ordnungspolitischen und finanzpolitischen Fragen klar liberal: Er spricht sich dafür aus, dass staatliche Verbote und Reglementierungen «auf das Notwendige» beschränkt und die Menschen zur Eigenverantwortung ermuntert werden. Ausserdem will er das Ansteigen der Fiskalquote bekämpfen und gleichzeitig dem Steuerwettbewerb unter den Kantonen keinen Riegel vorschieben: Das Instrument des Finanzausgleichs genüge, um «Steuer-Exzesse» auszugleichen.

Andererseits unterstützt Albrecht ein gut funktionierendes staatliches Sozialwesen und hochwertige Infrastruktur in Bildung, Verkehr, Gesundheit, Justiz und Verwaltung. All dies will er als Basler Standesvertreter in Bern so erreichen: Er will Allianzen knüpfen und die ländlichen Kantone davon überzeugen, dass florierende städtische Zentren in ihrem eigenen Interesse liegen.

«Ausgleich» ist nötig. Wie schon bei seiner Präsentation als bürgerlicher Kandidat im September des vergangenen Jahres legte Albrecht Wert darauf, dass Basel in Bern «einen Ausgleich» benötige: Die Stadt werde in der Bundespolitik nur als links wahrgenommen. Dies entspreche aber nicht ganz der Realität. Die Basler Stimmbevölkerung agiere «sehr differenziert», was man beispielsweise im wuchtigen Nein zur Einheitskrankenkasse habe erkennen können. Etwas konkreter wurde Albrecht in den einzelnen Schwerpunktbereichen:

> Finanzen: Der Bund soll seine Aufgabenüberprüfung «konsequent zu Ende führen» und die Schuldenbremse weiterhin konsequent anwenden. Es bedürfe ausserdem eines Handlungskonzepts für langfristige finanzpolitische Herausforderungen. Die «Heiratsstrafe» sei dringend abzuschaffen, sagt Albrecht. Die Mehrwertsteuer muss rasch vereinfacht werden.

> Gesundheit: Das schweizerische Gesundheitssystem sei › allen Unkenrufen zum Trotz › «ein Erfolgsmodell», das seinen Preis habe. Albrecht möchte die Kosten unter anderem folgendermassen in den Griff bekommen: Weitere Förderung von innovativen Versicherungsmodellen, Fallkostenpauschalen bei stationären Spitalbehandlungen, stationäre und ambulante Behandlungen müssen grundsätzlich gleich finanziert werden, das System der Prämienregionen ist zu überarbeiten.

> Bildung und Forschung: Andreas Albrecht ist der Meinung, dass Bildung und Forschung nicht getrennt werden können sowie praxisorientiert und wettbewerbstauglich sein sollen. «Die Zusammenarbeit zwischen der Industrie und den Hochschulen ist deshalb weiter auszubauen.» Zu diesem Zweck sollten die in die Autonomie entlassenen Fachhochschulen und kantonalen Universitäten die Möglichkeit haben, Gesellschaften zu gründen und neue Formen der Public-Private-Partnership einzugehen. Albrecht plädiert dafür, die Rahmenbedingungen zur Erlangung privater Drittmittel zu verbessern: «Die beachtlichen Möglichkeiten zur Beschaffung von Spenden- und Sponsoringgeldern sind von der Politik noch nicht ausreichend erkannt worden», sagt er. Handkehrum aber könne es nicht sein, dass die Politik aus der bildungspolitischen Verantwortung genommen werde.

> Arbeit und Wirtschaft: Albrecht setzt hier vor allem auf den Abbau von bürokratischen und staatlichen Schranken. Zum Beispiel möchte er Handelshemmnisse abbauen, für die KMU die Mehrwertsteuer und andere Regelungen vereinfachen sowie die Weiterentwicklung des elektronischen Datenverkehrs mit der Staatsverwaltung konsequent fortsetzen.

> [www.andreas-albrecht.ch](http://www.andreas-albrecht.ch)